

„Der Bereich ist extrem wenig geregelt“

Interview **Gernot Knödler**

taz: Herr Zunker, was haben Sie an den Arbeitsbedingungen in der Erwachsenenbildung auszusetzen?

Detlef Zunker: Die Erwachsenenbildung ist ein riesengroßer Bereich. Insgesamt sind hier fast so viele Lehrkräfte beschäftigt wie an den Schulen. In der beruflichen, Integrations- und Flüchtlingserwachsenenbildung wird auch eine ähnlich wichtige Arbeit geleistet. Leider ist in dieser Branche extrem wenig geregelt.

Wozu führt das?

Diejenigen, die Angestelltenverträge haben, verdienen knapp 3.000 Euro brutto und leisten dafür häufig 40 oder mehr Unterrichtsstunden.

Ist die Bezahlung das Hauptproblem?

Die große Mehrheit wird über Honorarverträge beschäftigt, wobei in den Sprach- und Integrationskursen immerhin geregelt ist, dass 41 Euro brutto bezahlt werden. Aber davon muss man eben alles finanzieren: die gesamte Sozialversicherung, das Einkommen im Krankheitsfall und selbst das Risiko, dass Kurse ausfallen. Dann bleiben netto knapp 20 Euro übrig. In den beruflichen Kursen, die von der Arbeitsagentur finanziert sind, werden zum Teil nur 20 bis 25 Euro brutto bezahlt.

Warum versuchen diese Leute dann nicht, Lehrer zu werden, die werden ja gesucht?

Das kann man nicht hundertprozentig beantworten. Insbesondere diejenigen, die in den Sprach- und Integrationskursen arbeiten, identifizieren sich sehr mit dieser Tätigkeit. Außerdem kann man nicht einfach so in den Schuldienst einsteigen, sondern man braucht die entsprechenden Staatsexamina. Es ist aber nicht so, dass diejenigen, die in diesen Kursen arbeiten, nicht qualifiziert wären. Sie müssen viele anspruchsvolle Fortbildungen absolvieren, die fast einem Referendariat entsprechen.

Was könnte der Senat tun, um die Bedingungen zu verbessern?

Die rot-grüne Koalition hat vereinbart, dass sie sich auf der Bundesebene dafür einsetzen wird, die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Wir haben auch mit den bildungspolitischen Sprechern der Koalitionsparteien geredet. Die haben sich das angehört und passiert ist nichts. Dabei haben wir seit einem Jahr eine neue Regierung und die Zeit drängt, weil die Legislaturperiode im Bund im Herbst endet.

Kann der Senat in Hamburg etwas tun?

Er könnte die Beschäftigungsbedingungen in der Volkshochschule (VHS) verbessern, die ja ein Tochterunternehmen der Hansestadt ist. Wir fordern für die VHS 41 Euro als Mindeststandard.

GEW-Kundgebung „Arbeitsbedingungen in der Erwachsenenbildung verbessern – jetzt!“: 15 bis 16 Uhr, Rathausmarkt



Detlef Zunker ist Sprecher der GEW-Fachgruppe Erwachsenenbildung und war lange Jahre Betriebsratsvorsitzender in einem großen Unternehmen der Erwachsenenbildung.